

Beschlossen vom Vorstand am 27. Februar 2023

Grundsätze für eine liberale Politik gegenüber Taiwan

1 Historischer Hintergrund

Am Ende des chinesischen Bürgerkrieges 1949 entstanden zwei «Chinas» – die kommunistische Volksrepublik China (auf dem Festland - nachfolgend «China» genannt) sowie die nationalistische Republik China (auf der Insel Taiwan). Beide verfolgten zuerst den Anspruch, das gesamte Staatsgebiet beider Chinas zu vertreten, also eine «Ein-China-Politik». Die internationale Staatengemeinschaft war dadurch mit der Frage konfrontiert, ob sie mit Taiwan oder mit China diplomatische Beziehungen unterhalten sollte. War zuerst Taiwan international anerkannt, verschoben sich die Gewichte gegen Ende der 1960er Jahre zugunsten der Volksrepublik China.

Die Republik China gehörte 1945 zu den Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen und hatte auch einen Ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat inne. Nachdem die regierende nationalistische Kuomintang (KMT) im Bürgerkrieg den Kommunisten unterlegen war, zog sich die Regierung von Chiang Kai-Shek auf die Insel Taiwan zurück. Diese Regierung repräsentierte China bis Anfang der 1970er Jahre in der UNO und im Sicherheitsrat.

Mit den Besuchen von US-Sicherheitsberater Kissinger 1971 und US-Präsident Nixon 1972 in der Volksrepublik China und der damit verbundenen Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik änderte sich die internationale Lage für Taiwan nachhaltig, namentlich in der UNO.

1971 wurde die Volksrepublik China Mitglied der UNO und übernahm als alleinige Vertreterin Chinas auch den Sitz im UNO-Sicherheitsrat. In der Folge wurde Taiwan aus allen UNO-Unterorganisationen ausgeschlossen. Viele westliche Länder folgten der Ein-China-Politik und anerkannten die Volksrepublik China diplomatisch an. Taiwan verlor überdies auch den Sitz beim Internationalen Währungsfonds 1980 an die Volksrepublik China. Gleiches gilt für die Mitgliedschaft bei der Weltbank. Eine Ausnahme bildet die Welthandelsorganisation (WTO). Taiwan ist nach dem Beitritt Chinas (Ende 2001) seit Anfang 2002 Mitglied der WTO.

Taiwan begann ab den 1990er Jahren eine Demokratisierung, wodurch im Jahre 2000 zum ersten Mal ein Präsident gewählt wurde, der eine Unabhängigkeit Taiwans anstrebte. Damit schwenkte Taiwan auf eine «zwei Staaten Theorie» (oder auch «Zwei-China-Politik») um. Die Volksrepublik China hingegen ist bei der Ein-China-Politik geblieben, wobei sie das Modell Hong Kongs propagiert: «Ein-Land-zwei-Systeme».

2 Beziehungen zwischen der offiziellen Schweiz und Taiwan

Die Schweiz hat die Volksrepublik China als eines der ersten westlichen Länder im Jahr 1950 diplomatisch anerkannt. Hierfür gab es wirtschaftliche und politische Gründe. Die offizielle Schweiz verfolgt somit eine Ein-China-Politik und betrachtet Taiwan als einen Teilstaat Chinas. Seither unterhält die Schweiz tendenziell etwas engere Beziehungen zu China als andere westliche Staaten, was sich z.B. im bilateralen Freihandelsabkommen zeigt.

Dennoch ist Taiwan für die Schweiz ein wichtiger Handelspartner. Taiwan ist der fünftwichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien. Weltweit ist Taiwan auf Platz 26 der wichtigsten Handelspartner. Das Handelsvolumen beträgt rund 3,6 Mrd. CHF (Zahlen 2020, Seco). Seit 2011 gibt es ein Doppelbesteuerungsabkommen, das auf der Basis des Bundesgesetzes über die Anerkennung privater Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelsteuerung von Einkommen und Vermögen beruht ([SR 672.3](#)). Ein Freihandelsabkommen gibt es dagegen nicht. Es bestehen zudem wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen der Schweiz und Taiwan. Aufgrund der fehlenden diplomatischen Vertretungen werden die Beziehungen über zwei private Vertretungen betreut.

Die aktuell in Taiwan regierende *Democratic Progressive Party* (DPP) ist seit 1994 Mitglied von *Liberal International*. Das heisst: die FDP Schweiz hat in Taiwan eine liberale Schwesterpartei.

3 Internationale Lage

Internationale Isolation: Taiwan weist aus völkerrechtlicher Sicht die Merkmale eines Staates auf.¹ Seit dem Beginn der 1990er Jahre ist Taiwan ein demokratisch verfasstes Land. International ist indes festzustellen, dass immer weniger Staaten Taiwan als unabhängigen Staat anerkennen. Aktuell sind dies noch 13 meist kleinere Staaten sowie der Vatikan.²

Der Druck Chinas: Der Druck Chinas auf Taiwan ist kein neues Phänomen. Seit 2016, als die DDP die Wahlen in Taiwan gewann, hat Peking den Druck auf Taiwan erhöht. Das beinhaltet militärische Drohaktionen, Cyberattacken oder auch Desinformationskampagnen. Die jüngsten grossangelegten Militärmanöver Chinas anlässlich des Besuchs der US-Amerikanischen Kongresssprecherin Pelosi in Taiwan sind der jüngste Höhepunkt der Drohgebärden Chinas.

Chinas Drohung: In einem aktuellen Grundsatzpapier formuliert die chinesische Führung unmissverständlich, dass Taiwan ein Teil Chinas sei. Eine friedliche Lösung sei vorzuziehen, aber China behält sich Gewaltanwendung vor. Das erklärte Ziel Peking ist es, bis spätestens 2049 das Festland und Taiwan zu vereinen.

Taiwans strategische Bedeutung: Taiwan ist in den geopolitischen Dynamiken in Ostasien von grosser Bedeutung. Die Insel schränkt den Zugang der VR China in den Pazifik ein und ist wirtschaftlich wichtig (z.B. führender Chip-Produzent). Taiwan ist im Wettstreit Demokratie vs. Autoritäre Staaten von grosser symbolischer Bedeutung.

Taiwans wirtschaftliche Bedeutung: Trotz internationaler politischer Isolation hat sich Taiwan in der Weltwirtschaft eine wichtige Rolle erarbeitet und ist gerade im Bereich der Digitaltechnologien zu einem wichtigen Player aufgestiegen. So kommen rund 2/3 der weltweit benötigten Mikrochips aus Taiwan.¹ Mit einem BIP von 668 Mil. USD (vgl. CH 813 Mil.) rangiert Taiwan nur ganz knapp hinter den 20 grössten Volkswirtschaften der Welt.

4 Position der FDP

Frieden, Stabilität und Demokratie fördern: Die Schweiz hat ein eminentes Interesse an Frieden, Stabilität und Demokratie in der Region. Konflikte sind darum auf der Basis des Völkerrechts und ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt zu lösen. Sollte China Taiwan mit Gewalt angreifen, würde dies die Schweizer Interessen tangieren. Die Schweiz würde in diesem Falle jegliche völkerrechtlichen Verbrechen verurteilen, und müsste genau analysieren, wo eine Unterstützung von internationalen Gegenmassnahmen zielführend wäre. Taiwan ist eine freiheitliche Demokratie in einem schwierigen geopolitischen Umfeld. Wir haben ein evidenten Interesse, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Gute Beziehungen mit China und Taiwan: Die Schweiz soll sowohl mit China als auch mit Taiwan möglichst gute wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen pflegen. Die FDP ist der Ansicht, dass die Ein-China-Politik grundsätzlich weiterzuführen ist.

Druckversuche Chinas zurückweisen: Die Volksrepublik China setzt Taiwan seit Jahren unter Druck. Die jüngste Eskalation im August 2022 reiht sich hier ein. Das gefährdet die Stabilität und den Frieden in der Region. Aus Sicht der FDP gilt es, diese Einschüchterungs- und Isolationspolitik Chinas beim Namen zu nennen und entschieden zurückzuweisen. Mit China soll ein freundlicher, aber auch ehrlicher und offener Dialog geführt werden.

Spielräume der Ein-China-Politik konsequent nutzen: Die offizielle Schweiz verfolgt seit 1950 eine Ein-China-Politik. Für eine Fortsetzung dieser Politik gibt es gute Gründe, denn Aussenpolitik ist immer Interessenpolitik. Die FDP ist der Ansicht, dass diese Politik grundsätzlich weiterzuführen ist. Wir fordern aber, dass die Spielräume der

¹ Diese Merkmale sind: ein Gebiet, eine Bevölkerung und eine Regierung, die de facto die Staatsgewalt ausübt.

² Belize, Eswatini, Guatemala, Haiti, Honduras, Marshallinseln, Nauru, Palau, Paraguay, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Tuvalu, Vatikan

Ein-China-Politik konsequent genutzt werden. Der Bundesrat soll aufzeigen, wie die Beziehungen zu Taiwan verbessert werden können. Dies in Umsetzung des Postulats [21.3967](#) der APK-N.

Keine Schweizer Alleingänge: Die Schweiz soll ihre Politik gegenüber Taiwan international mit gleichgesinnten Staaten abstimmen. Einen Alleingang lehnt die FDP ab. In diesem Kontext lehnt die FDP die Bestrebungen ab, die offiziellen parlamentarischen Kontakte mit der Legislative Taiwans zu verstärken (wie dies die Motion [22.4259](#) der APK-N fordert).